

Experten fordern gemeinsame Strategie für die Digitalisierung des Kulturerbes

dbv engagiert sich bei einem öffentlichen Fachgespräch im Bundestag

Digitalisierung ist auf der politischen Tagesordnung im Bundestag angekommen¹. Auf Basis der Anträge der unterschiedlichen Fraktionen gingen die Diskussionen im Januar in die entscheidende Phase.

Am 25.01.2012 war der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv), vertreten durch sein Vorstandsmitglied Dr. Frank Simon-Ritz, zu einem Fachgespräch im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zur „Digitalisierung von Kulturgut“ eingeladen, um über Probleme und Anforderungen der Digitalisierung zu informieren. Teil der Expertenrunde waren auch Frau Dillmann, Deutsches Filminstitut, Prof. Dr. Schauerte, Vizepräsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Mitglied im Kompetenzzentrum Deutsche Digitale Bibliothek, Dr. Hauser vom Kompetenzzentrum für kulturelle Überlieferung Karlsruhe, Herr Schultz, Google Germany GmbH, und Herr Weber, Justiziar ZDF.

Die Vorsitzende des Ausschusses Prof. Grütters verwies zu Beginn der Sitzung auf die Veranstaltung des dbv für alle Abgeordneten des Kulturausschusses am 16.01.2012 im Digitalisierungszentrum der Staatsbibliothek zu Berlin und betonte, dass diese als perfekte Grundlage für die Sitzung diene. Die Abgeordneten hätten sich eine konkrete Vorstellung der Abläufe sowie der Dimension der Aufgaben machen können. Insbesondere schätzte sie das sehr informative und unkomplizierte Gespräch im Rahmen der Veranstaltung.

Die Leitfragen an die Experten des Fachgesprächs beinhalteten v.a. die positiven und negativen Folgen der Digitalisierung, die kultur- und medienpolitischen Aufgaben und Fragen sowie die Kooperation mit privaten Akteuren.

Prof. Dr. Schauerte verdeutlichte die enormen Herausforderungen der Digitalisierung des nationalen Kulturerbes anhand einiger Beispiele. So gehe es um die Bestände von ca. 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in Deutschland, wie 10.700 Bibliotheken, ca. 7 Mio. in Deutschland verlegten Büchern und 1.700 km Akten in den Staatsarchiven. Frankreich stelle beispielsweise 750 Mio. € für die Digitalisierung bereit, Deutschland schätze die Kosten nur für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur auf 30 Mio. €, ohne jedoch dabei die eigentliche Digitalisierung der Inhalte zu finanzieren. Er erwarte ein klares politisches Signal vom Bund, ein politisches Votum hin zu einer konsequenten fortschreitenden Digitalisierung und einer einhergehenden Aufstockung der Mittel durch Bund und Länder von derzeit jährlich nur 2,6 Mio. €.

Für Dr. Hauser stellte die Langzeitarchivierung ein großes Problem dar. Die Daten müssten auch dauerhaft gepflegt und konvertiert werden können, um mit den jeweils aktuellen technischen Anforderungen kompatibel zu sein.

Dr. Simon-Ritz nannte als positive Folgen der Digitalisierung den leichteren Zugang zu Kulturgütern, die Transparenz sowie die Schonung der Werke und der Bibliotheksressourcen. Er verwies auf das dbv-Thesenpapier hinsichtlich der kultur- und medienpolitischen Aufgaben vom März 2011 und auf die Bedeutung einer „Nationalen Digitalisierungsstrategie“². Im Rahmen der Finanzierung sei die Deutsche Digitale Bibliothek zurzeit eine Plattform, die zusätzliche Inhalte benötige. Er wiederholte vor dem Ausschuss noch einmal die Forderung des dbv, für die nächsten 5 Jahre 10 Mio. € pro Jahr zusätzlich

bereit zu stellen, um den Bestand von jährlich 200.000 Titeln digitalisieren zu können. Zusätzliche Inhalte könnten also nur durch zusätzliche Finanzierung ermöglicht werden.

Übereinstimmung herrschte bei den Experten auch bei der notwendigen Überarbeitung des Urheberrechts und in diesem Zusammenhang v.a. der Umgang mit verwaisten Werken. Dringenden Handlungsbedarf sah hier auch Dr. Simon-Ritz für den Bestand des 20. Jahrhunderts. Herr Weber schlug vor, die Rechte pauschal an Verwertungsgesellschaften abzutreten. Dagegen sprach sich Frau Dillmann aus, die betonte, dass eine Regelung zum Umgang mit den Urheberrechten von Sparte zu Sparte unterschiedlich sein müsse.

Die Expertenrunde war sich ebenfalls in der Frage einig, ob eine Beteiligung der Privatwirtschaft an der Digitalisierung von Kulturgütern über Public-Private-Partnership-Modelle sinnvoll sei. Dr. Simon-Ritz machte deutlich, dass die öffentliche Hand die zu erwartenden Kosten alleine nicht finanzieren könne sowie die Infrastruktur und das Fachwissen einbezogen werden sollen. Herr Schultz hob hervor, in welchen Projekten der Internetdienstleister bereits aktiv ist und nannte die Kooperation mit Einrichtungen in Europa, darunter die Bayerischen Staatsbibliothek und die Österreichische Nationalbibliothek.

Der Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung zum Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek (DBB) und deren Aktivitäten zur Digitalisierung von Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen sowie die Digitalisierung durch private Unternehmen. Gegen das Votum der Opposition nahm er am 26. Januar 2012 einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und FDP (17/6315) auf Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien (17/8486) an. Bei Enthaltung von Linken und Grünen lehnte er einen Antrag der SPD (17/6296) ab. Danach sollten die Digitalisierung und die Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten von Bund und Ländern zur zentralen Aufgabe der Kulturpolitik des Bundes erklärt und in einer Digitalisierungsstrategie gebündelt werden. Bei Enthaltung von SPD und Grünen wies das Parlament einen Antrag der Linksfraktion (17/6096) zurück, den Aufbau der DDB mit einem verbindlichen Förderprogramm auf gesetzlicher Grundlage zu unterstützen. Schließlich lehnte der Bundestag einen Antrag der Grünen (17/8164) ab, den Finanzbedarf für die Digitalisierungsarbeiten zu ermitteln und das Vorgehen von Ländern, Kommunen, Finanzierungspartnern und Privatwirtschaft zu koordinieren³.

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) wird die weiteren Aktivitäten der Politik eng begleiten.

¹ Vgl. Dr. Frank Simon-Ritz in BuB 9/2011

²

http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/positionen/ThesenpapierDigitalisierung_dbv_Papier.pdf

³

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37536609_kw04_angenommen_abgelehnt/index.html